

Liberales Argumente

- Nr. 5 / 1. Februar 2011 / 17. WP
- Gleichstellung von Lebenspartnern

Bürgerrechtspolitik für Lesben und Schwule

Die FDP hat Wort gehalten. In den zurückliegenden Monaten hat die FDP in der Gleichstellungspolitik für Lesben und Schwule mehr durchgesetzt als die SPD in den vier Jahren Regierung zuvor. Wir Liberale stehen für Stärkung der Bürgerrechte und wir werden diesbezüglich alle Punkte des Koalitionsvertrages abarbeiten. Hierzu gehören:

Gleichstellung von Lebenspartnern im Beamtenrecht

FDP und Union haben vereinbart: „Wir wollen die Ausgewogenheit von Rechten und Pflichten von Eingetragenen Lebenspartnerschaften verbessern. Dazu werden wir die familien- und ehebezogenen Regelungen über Besoldung, Versorgung und Beihilfe auf Lebenspartnerschaften übertragen.“

Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde vom Bundeskabinett bereits beschlossen. Auf Initiative der FDP enthält er eine Rückwirkungsklausel. Der Gesetzentwurf wurde nach der ersten Lesung im Dezember 2010 an die entsprechenden Fachausschüsse überwiesen.

Steuerliche Besserstellung von Lebenspartnern

FDP und Union haben vereinbart: „Wir werden gleichheitswidrige Benachteiligungen im Steuerrecht abbauen und insbesondere die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Gleichstellung von Lebenspartnern mit Ehegatten umsetzen.“

Auf Initiative der FDP beschloss der Bundestag im November 2010 im Jahressteuergesetz 2010 die volle Gleichstellung bei Erbschaft- und Grunderwerbsteuer.

Die Änderung bei der Erbschaftsteuer bringt eingetragenen Lebenspartnern nun nicht nur gleiche Freibeträge, sondern auch gleiche Steuersätze wie Ehegatten. Durch die Änderung bei der Grunderwerbsteuer wird die Übertragung von Grundstücken zwischen Lebenspartnern steuerfrei. Gleiches gilt für den Grundstückserwerb aus dem Nachlass bei Tod eines Lebenspartners.

Bereits im Mai 2010 wurde im Bundestag die BAföG-Reform beschlossen. Lebenspartner werden bei der Ausbildungsförderung und bei den Aufstiegsfortbildungen gleichbehandelt.

Die Gleichstellung hat übrigens für die Betroffenen zwei Seiten, nämlich bei Rechten und Pflichten. Einerseits werden künftig die Partnereinkommen bei der Berechnung der BAföG-Leistungen angerechnet, andererseits werden dem

Paar auch die gleichen Freibeträge bei Einkommensberechnung, Darlehensrückzahlung und sonstigen Abzugsmöglichkeiten wie bei Ehegatten eingeräumt. Zudem und das ist ein bedeutsamer Fortschritt - werden auch ausländische Lebenspartner künftig förderberechtigt sein.

Errichtung einer Magnus-Hirschfeld-Stiftung

FDP und Union haben vereinbart: „Wir werden den Beschluss des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 2000 umsetzen und im Sinne eines kollektiven Ausgleichs für homosexuelle NS-Opfer eine Magnus-Hirschfeld-Stiftung errichten. Sie soll durch interdisziplinäre Forschung und Bildung der Diskriminierung homosexueller Männer und Frauen entgegenwirken.“

Im November 2010 wurde auf Initiative der Liberalen das Stiftungskapital als Zuwendung des Bundes in Höhe von 10 bis 15 Millionen Euro im Bundeshaushalt 2011 abgesichert. Das ist ein großer Erfolg der liberalen Bundesjustizministerin, die sich sehr persönlich für die Stiftung engagiert. Die überfällige Umsetzung des Bundestagsbeschlusses aus dem Jahr 2000 wurde auf Initiative der Liberalen im Koalitionsvertrag verankert und gerade einmal ein Jahr nach Regierungsantritt in die Tat umgesetzt. Die Errichtung der Stiftung befindet sich nun in Vorbereitung.

Menschenrechtspolitik für Homosexuelle

FDP und Union haben vereinbart: „Wir wenden uns auch in unseren auswärtigen Beziehungen gegen jegliche Benachteiligung aufgrund von Religion, ethnischer Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung.“

Damit machen Bundesaußenminister Dr. Guido Westerwelle und Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel ernst. So hat die Bundesregierung die künftige Entwicklungshilfe an Uganda daran gekoppelt, dass geplante Strafverschärfungen im ugandischen Parlament nicht beschlossen werden. Und der Druck der deutschen Botschaft und der Ministerien hat dazu beigetragen, dass ein zu 14 Jahren Haft verurteiltes homosexuelles Paar in Malawi vom Staatspräsidenten begnadigt wurde. Nun hat sich die deutsche Regierung ebenfalls nachdrücklich gegen die erstmalige Kriminalisierung lesbischer Beziehungen in Malawi gewandt und Konsequenzen angekündigt.

Offene Punkte

In der Umsetzung des Koalitionsvertrages drängt die FDP auf eine steuerliche Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnern mit Ehegatten auch bei der Einkommensteuer.

Darüber hinaus fordert die FDP weiterhin bessere Chancen für „Regenbogen-Familien“. Dazu wollen wir für eingetragene Lebenspartner das volle Adoptionsrecht sowie künstliche Befruchtung unabhängig vom Familienstand ermöglichen.

Fazit

Die FDP setzt in der Regierung das um, was sie vor der Wahl versprochen hat.

Schritt für Schritt zur Gleichstellung, das ist der Weg der FDP-Bundestagsfraktion und von Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Die Liberalen sind der Motor für Bürgerrechte in der Koalition mit der Union. Der Stillstand von Schwarz-Rot wurde beendet.